

LANDTAG IN KÜRZE

Datenschutzgesetz: Fristverlängerung und Internet

VADUZ – Der Landtag hat gestern in 1. Lesung den Bericht und Antrag der Regierung betreffend das Gesetz über die Abänderung des Datenschutzgesetzes beraten. Das Eintreten auf den Bericht war unbestritten. Abgeordneter Rudolf Lampert (FBP) erklärte bezüglich der Vorlage, dass diese keine neuen datenschutzrechtlichen Aspekte beinhaltet, sondern lediglich eine Fristverlängerung und eine sinnvolle Ergänzung betreffend Einsichtnahme in das Register der Datensammlung.

Übergangsfrist verlängern

Das Datenschutzgesetz, welches am 1. August 2002 in Kraft gesetzt worden ist, setzt für die Zulässigkeit der Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten und Persönlichkeitsprofilen durch Private und Behörden spezielle Rechtfertigungsgründe voraus. Diese bestehen insbesondere im Vorhandensein ausdrücklicher gesetzlicher Grundlagen für die Bearbeitung der genannten Daten. Weil in älteren Gesetzeswerken die diesbezüglichen Grundlagen fehlen, sieht das Datenschutzgesetz eine Übergangsfrist von zwei Jahren vor, welche am 31. Juli 2004 abläuft. Um betroffene Gesetzeswerke, beispielsweise das Polizeigesetz oder das Arbeitslosengesetz, den datenschutzrechtlichen Aspekten anpassen zu können, bedarf es einer längeren Übergangsfrist. Der Antrag der Regierung sieht vor, die Übergangsfrist bis zum 1. August 2007 zu verlängern. Laut Regierungsrätin Rita Kieber-Beck entstehe EU-rechtlich kein Problem wegen der Fristverlängerung. Alle betroffenen Ämter seien des Weiteren damit betraut, ihren Handlungsbedarf aufzuzeigen, beantwortete Kieber-Beck eine Frage nach der zeitlichen Umsetzungsplanung.

Erleichtertes Einsichtsrecht, dank Internet

Das Datenschutzgesetz sieht weiter vor, dass der Datenschutzbeauftragte ein Register der Datensammlungen führt, welches von jedermann eingesehen werden kann. Um das Recht auf Einsicht noch besser zu gewährleisten, soll das Register auch auf elektronischem Wege über das Internet einzusehen sein. Die gestern beratene Vorlage sieht die entsprechende Ergänzung für die gesetzliche Grundlage vor. Abgeordneter Rudolf Lampert (FBP) äusserte sich positiv zum ergänzenden Einsichtsangebot über das Internet. Dieses soll im Rahmen der bereits bestehenden elektronischen Präsenz der Stabstelle für Datenschutz im Internet-Portal der Landesverwaltung umgesetzt werden. Die Einsicht über das Internet steht einer künftigen Einsicht vor Ort nicht entgegen, sondern ist als ergänzende Dienstleistung zu betrachten, welche eine möglichst unbürokratische Einsichtnahme gewährleisten soll. (mr)

LANDESPOLIZEI

Tagung der Kripochef-Vereinigung Bodensee

VADUZ – Am 13. und 14. Mai 2004 treffen sich in Vaduz/FL die Chefs der Kriminalpolizeien rund um den Bodensee zu ihrer jährlichen Tagung.

In der Kripochef-Vereinigung Bodensee sind die Chefs der Kriminalpolizeien aus Vorarlberg, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Lindau, Kempten, Friedrichshafen, Konstanz und Liechtenstein zusammengeschlossen.

Der Kripochef der Liechtensteiner Landespolizei wurde im Jahr 2002 in die Kripochef-Vereinigung Bodensee aufgenommen, weshalb die Tagung erstmals im Fürstentum Liechtenstein stattfindet. Die Kripochefs befassen sich anlässlich ihrer Tagung mit der internationalen kriminalpolizeilichen Zusammenarbeit im Bodenseeraum, die durch die bi- und trilateralen Polizeikooperationsverträge zwischen Deutschland, der Schweiz, Österreich und Liechtenstein inzwischen eine vorbildhafte Qualität aufweist. (lpfl)

«Information? – Aber gerne!»**Landtag diskutiert Zusatztraktandum betreffend Verkehrsentwicklung**

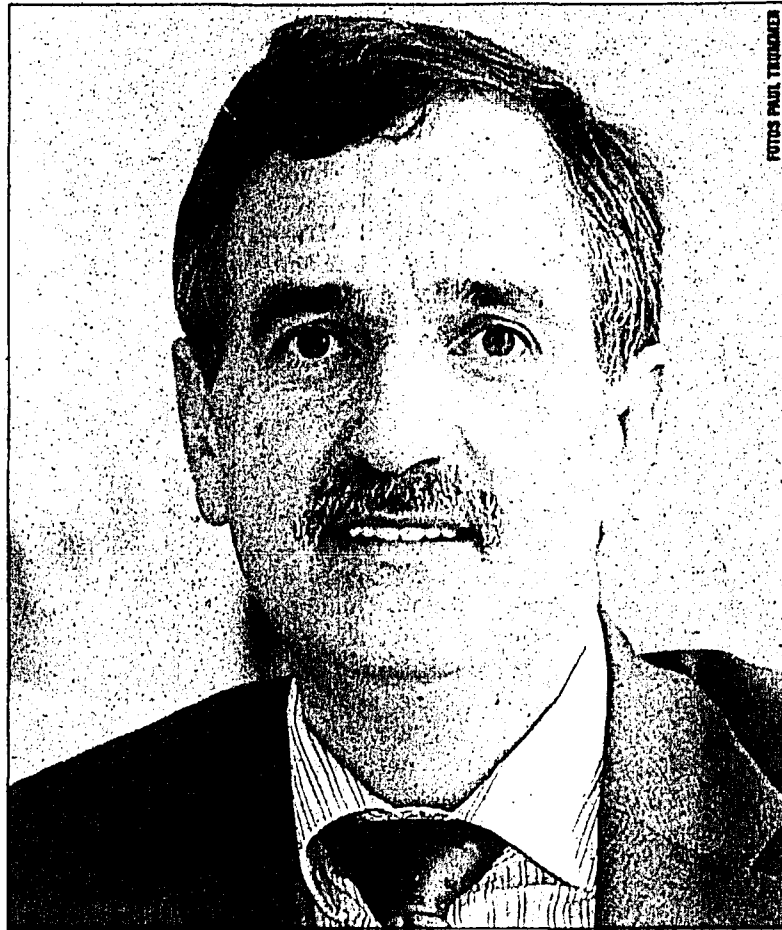
VADUZ – Bevor in der nächsten Landtagssitzung – wie von Regierungschef Otmar Hasler und Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck bereits angekündigt – ein umfassender Verkehrsbericht zur breiten Diskussion stehen wird, versorgte die Regierung die Abgeordneten gestern mit ersten substanzialen Informationen. Der Landtag konnte sich ein erstes Bild über die Machbarkeitsstudie «neues Verkehrsmittel» und die Entwicklungsstudie «Tunnelumfahrung» machen.

• Peter Kündle

VU-Fraktionssprecher Hugo Quaderer und der FL-Abgeordnete Paul Vogt beantragten am Mittwoch anlässlich der Sitzungseröffnung ein Zusatztraktandum zum Thema Verkehr auf die Tagesordnung zu setzen. Offensichtlich überkam die beiden Abgeordneten die Neugier, was an den bereits angesetzten Informationsveranstaltungen der Regierung zum Thema Verkehr zur breiten Diskussion vorgelegt wird. Wiederholt habe es im Landtag kleine Anfragen zum neuen Verkehrsmittel gegeben, monierten die beiden Abgeordneten. Nun sei es an der Zeit, den Landtag über die Machbarkeitsstudie und die Entwicklungsstudie zu informieren.

Regierungschef Otmar Hasler hielt bereits am Mittwoch fest, dass der Landtag zu dieser Thematik selbstverständlich informiert werde. Es sei bereits ein Bericht – der im Entwurf vorliegt – an den Landtag geplant. Es sei immer klar gewesen, so der Regierungschef, dass der Landtag von der Regierung eine Information in Form eines Berichtes erhalten werde. Dies untermauerte gestern auch Verkehrsministerin Kieber-Beck: «Die Regierung wird dem hohen Landtag ihren Bericht betreffend eine Machbarkeitsanalyse zu einem neuen Verkehrsmittel sowie eine Entwicklungsstudie zu Tunnelumfahrungen – in Form eines Verkehrsberichtes – in der nächsten Sitzung zur Kenntnis bringen.»

Rudolf Lampert hielt ebenso bereits am Mittwoch fest, dass es wenig Sinn mache, über mögliche Inhalte von Studien zu diskutieren, welche der Landtag noch nicht kenne. Insofern sei es nicht zielführend, ohne über die entsprechende Informationsbasis zu verfügen, eine verkehrspolitische Grundsatzdiskussion zu führen. Über das weitere Vorgehen in dieser Thematik könne gesprochen werden, nicht aber über den Inhalt, der noch nicht bekannt sei. Diese Meinung vertrat im Übrigen auch VU-Fraktionssprecher Hugo Quaderer. Eine fundierte Diskussion sei nur möglich, wenn die Studien bekannt seien.



Markus Büchel, FBP-Fraktionssprecher, hielt dem «zusammengereimten Kommentar» des Vaterlandes im Namen seiner Fraktion entgegen: «Die FBP war nie gegen die Traktandierung der Verkehrsthematik.»

FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel erteilte vor allem den «unverständlichen Kommentar» im Liechtensteiner Vaterland Schelte. Offensichtlich heile der Zweck die Mittel. Es sei unverständlich, wie man einfach «zusammenkonstruieren kann, was nicht stimmt». Er, und die gesamte FBP-Fraktion hätten nie den Willen gehabt, «die Lüftung eines ominösen Geheimnisses zu verweigern». Die Informationen sollen abgegeben werden, aber zum richtigen Zeitpunkt. Erste grundlegende Informationen überbrachte Verkehrsministerin Kieber-Beck.

Akzeptanz gefragt

Sie führte aus, dass man natürlich Schnellschüsse und Luftschlösser produzieren könnte, die den langfristigen Bedürfnissen Liechtensteins zuwiderlaufen und bei der Bevölkerung auf keine Akzeptanz stossen. «Für das von der Regierung gewählte Vorgehen ist es aber von zentraler Bedeutung, dass eine seriöse Grundlage für eine sachliche, ausgewogene und offene Diskussion vorliegt. Schliesslich geht es darum, aufzuzeigen, was grundsätzlich möglich ist. Nur so kann dieses Thema in der breiten Öffentlichkeit überhaupt diskutiert werden. Das entspricht letztlich einer seriösen und vorausschauenden Politik, welche bestrebt ist, die Interessen der gesamten Bevölkerung einzubeziehen.»

Kein Fertigericht

«Die Regierung legt in der Verkehrsthematik grossen Wert darauf,

keine pfannenfertigen Entscheidungen und Vorschläge zu präsentieren, sondern grundsätzliche Konzepte und Möglichkeiten anzubieten, die mit als Grundlage für den notwendigen öffentlichen Meinungsbildungsprozess dienen können. Die von der Regierung hierzu in Auftrag gegebenen Studien wurden von anerkannten Fachexperten ausgearbeitet und von einem breiten Begleiteteam sekundiert», kommentierte die Verkehrsministerin die Vorgehensweise für eine seriöse Verkehrspolitik.

Grundfakten auf dem Tisch

Die Verkehrsministerin erläuterte den Abgeordneten, dass aufgrund des prognostizierten Zuwachses der Einwohner und Arbeitsplätze in Liechtenstein der Gesamtverkehr je nach Szenario bis ins Jahr 2025 resp. 2040 um ca. 60 Prozent gegenüber heute zunehmen werde. Nachdem die letztmalige Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur über 30 Jahre zurückliegt und die bestehende Verkehrsinfrastruktur innerhalb der nächsten Jahre an ihre Kapazitätsgrenzen stosse, habe die Regierung Studien in Auftrag gegeben, die neue, innovative Konzepte zur Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse aufzeigen sollen. Dabei wurden sowohl neue Lösungsansätze mittels öffentlichem Verkehr als auch solche mittels Individualverkehr untersucht.

Beide erarbeiteten Studien zeigen Ansätze zur Bewältigung des prognostizierten Verkehrszuwachses. «Es wäre verfrüht und unseri-

ös, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Details über ein konkretes Projekt, Zeitpläne und Kosten erarbeiten zu lassen, da sich Liechtenstein und seine Bevölkerung erst klar sein müssen, welche grundsätzliche Richtung – ÖV, MIV oder eine Kombination der beiden – eingeschlagen werden soll», betonte Rita Kieber-Beck.

Neues Verkehrsmittel: Attraktiv und leistungsfähig

Als Anforderungen an ein neues öffentliches Verkehrsmittel seien neben der Sicherheit im Betrieb, Attraktivität der Benutzung vor allem die Verkehrswirksamkeit, die Zuverlässigkeit und die Verfügbarkeit für die Fahrgäste in den Mittelpunkt gestellt worden. «Unter diesem Gesichtspunkt wurden verschiedene Busbahn-, Tram-Hybrid- und Eigentrasse-Systeme untersucht. Die Studie kommt zum Schluss, dass ein Eigentrasse-System die Anforderungen am besten erfüllt. Eine Empfehlung bezüglich eines konkreten Systemanbieters enthält die Studie nicht.»

Tunnelumfahrungen: Valables Konzept für IV

In der Vergangenheit wurden verschiedene Vorstösse für Umfahrungen von Gemeinden eingebracht und vom Volk verworfen. Deshalb hat die Regierung die Untersuchung der Verkehrswirksamkeit von Tunnelumfahrungen in Auftrag gegeben, um mit einem neuen Ansatz ein valables Konzept zur Bewältigung des zukünftigen Verkehrsaufkommens für den Individualverkehr vorliegen zu haben.

Bitte sachlich – und informiert – diskutieren

Marco Ospelt (FBP) hatte auf die laute Kritik der Oppositionskräfte einen treffenden Kommentar übrig: «Ich würde sehr gerne sachlich – und vor allem, wenn ich umfassend informiert bin – diskutieren.» Paul Vogt (FL) und Peter Sprenger (VU) wollten aber nicht einsehen, dass eine vertiefte Diskussion erst in der kommenden Landtagssitzung möglich ist, wenn die Abgeordneten mit einem umfassenden Verkehrsbericht ausgestattet sind. So kreiste auch wieder die Mär von einer Hochbahn und anderen Fantasiekonstrukten durch die Oppositionsreihen. Dazu der Regierungschef: «Das ist Unsinn. Eine fundierte Diskussion soll nach der schriftlichen Information stattfinden. Der Bericht kommt im Juni-Landtag.»

Abschliessend Johannes Kaiser (FBP), der Unterstützung von Ivo Klein (VU) und Wendelin Lampert (FBP) erhielt: Es ist richtig, dass in der Verkehrsplanung die Bevölkerung in einen Dialog eingebunden werde.



Johannes Kaiser (FBP): Verkehrspolitik macht nicht die Regierung und nicht der Landtag, sondern das Volk.



Informierte souverän über die Möglichkeit der künftigen Verkehrsentwicklung in Liechtenstein: Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck.